

## Beschluss (vorläufig) 1 - Lebensgrundlagen erhalten

Gremium: LDK Siegen  
Beschlussdatum: 10.12.2021  
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

### Antragstext

1 Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Aufgabe unserer Zeit.  
2 Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen  
3 angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt. Unsere Umwelt hat sich  
4 bereits rasant gewandelt. Wer Klima und Umwelt schützt, leistet einen Beitrag  
5 zum Frieden und schützt die Freiheit von uns und nachfolgenden Generationen.

6 Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir die schlimmsten Auswirkungen der  
7 Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima-  
8 und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart. Um die Brisanz der Klimakrise ins  
9 Zentrum unseres Handelns zu setzen, werden wir einen Klimavorbehalt einführen.

10 Sehr viele Menschen in NRW sind schon längst weiter als die Landesregierung: Es  
11 sind die vielen Millionen, die beispielsweise eine Solaranlage oder Teile davon  
12 besitzen; all diejenigen, die Produkte aus der Region kaufen, verstärkt Rad, Bus  
13 und Bahn benutzen und für einen starken Klimaschutz auf die Straße gehen.

14 Wir werden diese Menschen durch einen von Europa-, Bundes- und Landespolitik  
15 gestalteten Rahmen unterstützen, der eine klimaneutrale Gesellschaft tatsächlich  
16 möglich macht.

17 Im Klimaschutz steckt eine riesige Chance für einen sozialen und ökologischen  
18 Wandel, der das Leben in Nordrhein-Westfalen für alle verbessern wird. Ein  
19 klimagerechter Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit, neue und zukunftsfähige  
20 Arbeitsplätze, intakte Natur und eine höhere Lebensqualität in der Stadt und auf  
21 dem Land sind unsere Leitplanken.

22 Dieser Wandel geht nur mit einer mutigen Politik, die Vorsorge und Verantwortung  
23 endlich großschreibt und nicht im Reparatur-Modus verharrt. Mit einem  
24 Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land  
25 möglichst vor 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser  
26 Klimaabkommens zu kommen. Wir werden Vorreiter in Europa und setzen den Green  
27 Deal in der Praxis um. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan  
28 wie ein Industriepakt mit der Wirtschaft und einem Klimavorbehalt für alle  
29 Landesgesetze. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für  
30 die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. So  
31 schaffen wir zehntausende sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

32 Wir machen das Unterwegssein im Land einfach, sicher, umweltfreundlich und für  
33 alle bezahlbar. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unsere Mobilität nicht  
34 weiter das Klima aufheizt, lärmt und die Luft in unseren Städten verschmutzt.  
35 Für Fahrräder und Fußgänger\*innen gibt es mehr Platz. Dörfer und auch abgelegene  
36 Regionen binden wir endlich an Bus, Bahn und vernetzte Mobilitätsangebote an.  
37 Grüne Oasen in der Stadt spenden auch im Sommer Schatten und sorgen für frische  
38 Luft. Und auch die Industrie wird durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und  
39 konsequente Kreislaufwirtschaft leiser, sauberer und effizienter. Von Dürre und  
40 Borkenkäfern gezeichnete Wälder ergrünen wieder als widerstandsfähige und

41 naturnahe Mischwälder. Mehr Platz für Tiere in den Ställen sorgt für mehr  
42 Tierwohl, besseren Klimaschutz und gesündere Nahrungsmittel. Die Landwirte  
43 erhalten faire Preise für ihre Produkte und einen Ausgleich für die Leistungen,  
44 die sie für Umwelt- und Klimaschutz und damit für uns alle erbringen. Wir geben  
45 der Natur wieder mehr Raum, holen die Schmetterlinge zurück in unsere Gärten und  
46 Parks, die Fische zurück in die Gewässer und die Bienen wieder zurück auf die  
47 Felder und Wiesen. Zu diesem Zweck setzen wir die Forderungen der  
48 Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den Flächenverbrauch ebenso wie  
49 den Pestizideinsatz. Wir gehen voran und leisten unseren Beitrag im  
50 internationalen Einsatz gegen die Klimakrise und das globale Artensterben.

## 51 **Wir schützen das Klima**

### 52 **Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW**

53 Nordrhein-Westfalen kann seinen Beitrag zur Erreichung des globalen 1,5-Grad-  
54 Ziels leisten und möglichst vor 2040 klimaneutral werden. Dafür leiten wir die  
55 wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm ein. Wir nutzen alle  
56 Möglichkeiten, die wir auf Landesebene haben, um den Ausbau der Erneuerbaren zu  
57 beschleunigen und stellen den Kohleausstieg bis 2030 sicher. Die nächste  
58 Landesregierung muss ihre ganze Kraft und die Arbeit aller Ressorts auf die  
59 Bewältigung dieser Jahrhundertaufgabe ausrichten. Wir legen ein  
60 Klimaschutzgesetz vor, das hält, was es verspricht. Mit klar definierten  
61 jährlichen Zielen für jeden Sektor und verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht  
62 werden sollen. Ein Klima-Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele.  
63 Kommunen statten wir mit mehr Geld und Personal für Klimaschutz und den Schutz  
64 vor Klimawandelfolgen aus. Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und  
65 Klimaanpassung sind für uns Teil der Daseinsvorsorge. Daher geben wir den  
66 Kommunen verbindliche Standards und Unterstützung an die Hand, um  
67 Handlungskonzepte für die Klimaneutralität und den Schutz vor Klimawandelfolgen  
68 vor Ort zu erstellen. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs- und  
69 Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen geben  
70 wir mit einem Industriepakt gezielt Unterstützung für Investitionen in  
71 klimaneutrale Prozesse. Damit ergänzen wir auch die Instrumente, die umgehend  
72 auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden müssen. Beim Verkehr senken wir die  
73 Emissionen mit einem ambitionierten Fahrradgesetz, einem Klima-Check für  
74 Straßenbauvorhaben und mehr Unterstützung für den Ausbau von Bus und Bahn.  
75 Haushalte mit geringen Einkommen wollen wir mit höheren Förderquoten in  
76 Landesförderprogrammen besonders unterstützen. Um bis 2035 unsere  
77 Stromversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen, muss die  
78 Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien deutlich erhöht werden. Dafür müssen  
79 wir den Ausbau von Wind- und Solaranlagen massiv beschleunigen und das Stromnetz  
80 ausgebaut werden.

### 81 **Klima-Check für alle Landesgesetze und für Förderprogramme**

82 Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze und Förderprogramme einführen.  
83 Schon jetzt fordert das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und  
84 Verwaltungsvorschriften den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen  
85 dürfen. Diese Regelung werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen:

86 Für jedes Gesetz wird berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden  
87 werden und wie sich das mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Gleiches gilt für  
88 eine Abschätzung der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der  
89 Vergangenheit gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente,  
90 rasch umsetzbare Verfahren auflegen. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir  
91 für die Förderprogramme des Landes einführen. Landesgeld darf die Klimakrise  
92 nicht weiter anheizen.

### 93 Klimaanpassung: NRW vor der Klimakrise schützen

94 Schon heute spüren wir in NRW die Auswirkungen der globalen Erderwärmung. Auch  
95 wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu erhöhen, wird es zu  
96 einem weiteren Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur kommen. Land, Städte  
97 und Gemeinden, aber z.B. auch Wald- und Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen  
98 müssen sich noch besser an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise anpassen,  
99 die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen entstehen. Die im  
100 Klimaanpassungsgesetz NRW geforderte Klimaanpassungsstrategie werden wir  
101 schnellstmöglich mit klaren, messbaren Zielen und Maßnahmen vorlegen und eine  
102 ambitionierte Umsetzung sicherstellen. Um unsere Städte im Sommer zu kühlen,  
103 werden wir offene Wasserflächen und mehr Grün in die Städte bringen und auf  
104 Plätzen, Dächern und Fassaden und über Frischluftschneisen für Abkühlung sorgen.  
105 Bei Starkregen kommt jede Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau  
106 anhand des Leitbilds der „Schwammstadt“ und eine Renaturierung von Flüssen und  
107 Bächen so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern und im  
108 Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit intelligenter  
109 Stadtplanung Einhalt gebieten. Für diese Aufgaben brauchen die Kommunen mehr  
110 Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen beispielsweise  
111 für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten, Renaturierung von Flüssen und  
112 Bächen oder bauliche Maßnahmen und klimafreundliche Architektur, wie z.B. die  
113 Fassadenbegrünung, ausweiten. Dabei werden wir sowohl Maßnahmen für den urbanen  
114 Raum als auch für den ländlichen Raum forcieren. Auch bei der Klimaanpassung  
115 gilt: Keine Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die  
116 Klimaanpassung wichtig sind, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer  
117 Versiegelung schützen.

### 118 Erneuerbare Energien gemeinsam ausbauen: schnell, 119 naturverträglich, fair

120 Nur mit Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen wir die Klimakrise in den Griff.  
121 Deswegen stellen wir den Ausbau von Windenergie und Solaranlagen ins Zentrum.  
122 Der Großteil der Treibhausgasemissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle, Öl  
123 und Gas. Da wir darauf nicht mehr angewiesen sein wollen, brauchen wir sehr  
124 schnell viel mehr Strom aus Wind und Sonne. Dies gilt auch, wenn konsequent alle  
125 Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz genutzt werden. Unser Ziel ist, die  
126 Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen bis 2030 zu 80 Prozent und bis 2035 zu  
127 100 Prozent auf Erneuerbare umzustellen. Deswegen werden wir umgehend eine echte  
128 Ausbauoffensive für Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil  
129 dessen werden wir pauschale Mindestabstände zu Wohnbebauungen für neue  
130 Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-Ausbaupfade für Windkraft  
131 und Solar festlegen. Denn von einer sicheren Energieversorgung auf Basis  
132 Erneuerbarer Energien hängt nicht nur erfolgreicher Klimaschutz ab, sondern auch

133 die Zukunft unseres Industriestandortes. Um die Versorgungssicherheit auch in  
134 einem Energiesystem mit 100 Prozent Erneuerbaren zu garantieren, werden wir die  
135 richtigen Anreize für Stromspeicher, Flexibilisierung der Stromnachfrage und  
136 Sektorkopplung setzen. Die Ausbauehemmnisse auf Landesebene werden wir  
137 beispielsweise durch Änderungen in der Landesplanung, dem Klimaschutzgesetz oder  
138 der Landesbauordnung aus dem Weg räumen. Daneben werden wir mit einer stärkeren  
139 Bündelung auf Landes- und Regionalplanebene die Planungen für die Erneuerbaren  
140 Energien beschleunigen und die überörtliche Steuerung im Sinne des Arten- und  
141 Naturschutzes verbessern. Arten- und Naturschutz zu sichern, Fairness und  
142 Teilhabe für Bürger\*innen auf Augenhöhe sowie eine Beschleunigung und  
143 Weiterentwicklung der Planungsverfahren gehören für uns beim Ausbau der  
144 Erneuerbaren zusammen.

#### 145 Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen

146 Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser  
147 Land grundlegend verändern. Digitale Mittel sind ein wichtiger Baustein, um  
148 unsere Gesellschaft klimaneutral umbauen zu können. Mit einer intelligenten  
149 Steuerung der Übertragungsnetze bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil –  
150 auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und Wärmepumpen unsere Häuser heizen.  
151 Insbesondere in der Industrie sind mit stärkerer Digitalisierung noch immer  
152 enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss die Digitalisierung  
153 konsequent an Klimaneutralität und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, damit sie  
154 nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird. Auch bei der Digitalisierung  
155 setzen wir auf den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft, die die Mengen an giftigem  
156 Elektroschrott senkt, wertvolle Rohstoffe wie seltene Erden der Verwertung  
157 direkt wieder zuführt und die Abhängigkeit von den globalen Lieferketten  
158 abmildert. Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch vermeidbaren  
159 Datenverbrauch aufgeessen werden. Mit einer ambitionierten Green-IT-Strategie  
160 machen wir daher die öffentliche Verwaltung zum Vorreiter bei der Nutzung von  
161 Green IT und klimaneutralen Rechenzentren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass  
162 der Ausbau des schnellen Internets ab sofort allein mit Glasfaser und 5G  
163 erfolgt. Unser Ziel ist, mit einer zukunftsfähigen Infrastruktur  
164 Energieeinsparungen gegenüber vergleichbaren Netzen zu erzielen.

#### 165 Den Jobmotor Klimaschutz zum Laufen bringen

166 Der Wandel unserer Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität bedeutet ein nie  
167 dagewesenes Modernisierungsprogramm. Es sichert bestehende Arbeitsplätze und  
168 schafft viele neue. Das Erreichen von Klimaneutralität spielt für unsere  
169 Unternehmen und Nordrhein-Westfalen als Standort eine immer größere Rolle im  
170 weltweiten Wettbewerb. Im Bereich Erneuerbarer Energien, aber auch in der  
171 Bauwirtschaft, der Kreislaufwirtschaft oder der Industrie werden durch die  
172 notwendigen Investitionen in Milliardenhöhe hunderttausende neue Arbeitsplätze  
173 entstehen. Indem wir Landesfördermittel mit einem Klima-Check klar an einen  
174 Nutzen für den Klimaschutz binden, unterstützen wir den Aufbau zukunftsfähiger  
175 Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten fast 500.000  
176 Menschen in unserem Land in grünen Jobs. Diese zukunftsfähigen Jobs müssen aber  
177 auch nachhaltig im Sinne fairer und sicherer Arbeitsbedingungen sein. Wo das  
178 Land Einfluss darauf nehmen kann, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln, werden  
179 wir tarifvertraglich gesicherte oder mindestens vergleichbare Bedingungen

180 einfordern. In einzelnen Branchen wie der fossilen Energiewirtschaft werden  
181 Arbeitsplätze wegfallen. Uns ist sehr bewusst, dass der Verlust der Arbeit einen  
182 enormen Einschnitt in jede einzelne Biografie bedeutet. Wir lassen aber  
183 niemanden damit allein, sondern wollen sicherstellen, dass Beschäftigte der  
184 fossilen Industrien neuen, attraktiven und qualifizierten Jobs mit ähnlichen  
185 Beschäftigungsbedingungen nachgehen können. Zudem werden wir diese Menschen durch  
186 Instrumente wie das Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich  
187 für zukunftsfähige Arbeitsfelder weiterzubilden.

## 188 **Wir geben NRW neue Energie – grün, sicher und** 189 **dezentral**

### 190 Kohleausstieg bis 2030 sozialgerecht umsetzen

191 Wir stehen für einen Kohleausstieg, der sich nach den Zielen des Übereinkommens  
192 von Paris richtet und unserer globalen Verantwortung gerecht wird. 2030 ist das  
193 neue Zieljahr für den Kohleausstieg auf Bundesebene. Wir setzen dieses Ziel mit  
194 einer sofortigen neuen Leitentscheidung, die den Rahmen für ein Ende des  
195 Braunkohleabbaus bis spätestens 2030 setzt, rechtssicher um. Wir stellen hierbei  
196 Menschen, Klima- und Naturschutz ins Zentrum. Damit bleiben nicht nur alle  
197 Dörfer im Rheinischen Revier erhalten, sondern wir sorgen auch dafür, dass die  
198 geretteten Dörfer neu erblühen und "Zukunftsdörfer" werden können. Mit einem  
199 Abriss- und Rodungsmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von  
200 Infrastruktur und Heimat verhindern.

201 Auch die in der Kohleindustrie Beschäftigten verdienen ehrliche  
202 Ausstiegsplanungen im Einklang mit den klimapolitischen Notwendigkeiten. Nur so  
203 kann eine verlässliche Planung gewährleistet und können kurzfristige Einschnitte  
204 vermieden werden. Wir setzen uns darüberhinaus ein für die besitzseitige  
205 Erhaltungs- und Instandhaltungspflicht des Gebäude-Bestandes und der gewachsenen  
206 dörflichen Strukturen und eine Nachnutzung für den unter Druck stehenden  
207 Wohnungsmarkt. Bereits umgesiedelte Menschen sollen ein Vor- und Rückkaufsrecht  
208 erhalten. Bei der Entwicklung der Dörfer zu lebenswerten und zukunftsfesten  
209 Dörfern der Zukunft sollen die verbliebenen Anwohner\*innen bevorzugt  
210 Mitspracherechte erhalten und für die Anpassung an die Klima-Neutralität Mittel  
211 vom Land bereitgestellt werden.

212 Wir tragen zur Verbesserung der Lebensqualität in allen Tagebauranddörfern bei.  
213 Dazu gehören die Minimierung der Auswirkungen der laufenden Tagebaubetriebe u.a.  
214 durch einen Mindestabstand von mindestens 1.000 Metern zwischen Wohngebäuden und  
215 dem Tagebau.

216 Um den Kohleausstieg für alle sozial verträglich zu gestalten, setzen wir uns  
217 für die Abschaffung von Zwangsumsiedlungen und Enteignungen für Kohle, Sand und  
218 Kies ein.

219 Die Planungen zur Nachnutzung der Kraftwerksstandorte müssen bereits jetzt  
220 beginnen, auch wenn die Kraftwerke noch in Betrieb sind und das Abschaltdatum  
221 noch nicht konkret bekannt ist. Die Kraftwerksstandorte sollten bevorzugt für  
222 Zukunfts- oder Übergangstechnologien genutzt werden. Standorte, die dafür nicht  
223 benötigt werden, müssen schnellstmöglich für eine andere wirtschaftliche Nutzung  
224 bereit gestellt werden.

225

226 Die Industrie in unserem Land ist auf eine gleichbleibend hohe  
227 Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar  
228 der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ganz besonders in NRW. Daneben werden wir  
229 uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom  
230 aus dem Norden auch zu uns kommt. Neben dem Netzausbau werden Energiespeicher in  
231 einem Stromsystem mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien auch einen wichtigen  
232 Beitrag leisten.

233 Ein wichtiger Langzeitspeicher für erneuerbaren Strom ist die Umwandlung in  
234 grünen Wasserstoff. Damit der Markthochlauf gelingt, werden wir den Aufbau der  
235 notwendigen Infrastruktur unterstützen.

236 Wir werden den Strukturwandel in den Kohleregionen beschleunigen und die  
237 Prozesse verbessern. Die großen Flächen in RWE-Besitz müssen schnellstmöglich  
238 für zukunftsfähige Nutzungen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden wir  
239 sicherstellen, dass sich RWE auch bei einem vorgezogenen Kohleausstieg nicht aus  
240 der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung und die Ewigkeitskosten  
241 des Braunkohleabbaus stellen kann. Wir wollen alte RWE-Betriebflächen und  
242 Flächen, die nicht mehr für die Tagebaue in Anspruch genommen werden, in einen  
243 Grundstücksfonds überführen und so eine nachhaltige Entwicklung der Flächen  
244 ermöglichen. Die Planungen für die Versorgung der Feuchtgebiete und die  
245 Befüllung der Tagebau-Rest-Seen mit Wasser aus dem Rhein müssen umgehend vor dem  
246 Hintergrund des Klimawandels überprüft und an einen früheren Ausstieg angepasst  
247 werden. Statt unnötige Autobahnen wiederherzustellen, muss RWE das Geld in eine  
248 ökologisch hochwertige Renaturierung investieren. Den Hambacher Wald werden wir  
249 in öffentlichen Besitz überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund  
250 einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder  
251 übernehmen kann. Für die Wiedervernetzung der alten Waldstrukturen rund um den  
252 Hambacher Wald ist der Erhalt von ökologischen Trittsteinen und wertvollen  
253 Verbindungsflächen essentiell. Daher setzen wir uns für den Erhalt und die  
254 nachhaltige Nachnutzung der alten Trasse der A4 und der sie umgebenden Fläche  
255 ein. Wir stellen die Notwendigkeit der RWE-Planung "Manheimer Bucht", ein  
256 großräumige Sand- und Kiesabgrabung, in Frage und wollen eine unabhängige  
257 Begutachtung der technischen Notwendigkeit. Wir wollen die verbliebende  
258 Siedlungsstrukturen und die Manheimer Kirche erhalten, damit identitätsstiftende  
259 kulturelle und touristische Strukturwandelpotentialen gehoben werden können.

## 260 Sonnenenergie von jedem Dach

261 Gerade im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen bieten die Dachflächen ein  
262 enormes Potenzial für die Energiewende. Etwa die Hälfte des heutigen  
263 Stromverbrauchs könnte dort erzeugt werden, wenn wir den Turbo für die  
264 Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und  
265 Städte. Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Gebäuden werden –  
266 zunächst bei öffentlichen Gebäuden und im Neubau, perspektivisch auch im Bestand.  
267 Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger  
268 Bürokratie. Dazu gehören auch Erleichterungen beim Denkmalschutz und die  
269 Abschaffung von unnötigen Mindestabständen für nicht brennbare Solaranlagen zu  
270 Nachbardächern. Um auch Mehrfamilienhäuser endlich flächendeckend für die  
271 Solarenergie zu nutzen, werden wir Mieterstromprojekte besonders unterstützen.  
272 Wir werden die öffentlichen Gebäude von Land und Kommunen zu Klima-Vorbildern  
273 machen und so schnell wie möglich alle geeigneten Dachflächen für Solaranlagen

274 nutzen. Auch auf Gewerbegebäuden und Neubauten werden Solaranlagen mit uns  
275 schnell zum Standard. Perspektivisch muss jedes geeignete Dach eine Solaranlage  
276 zieren. Pachtmodelle und Energiegenossenschaften können hier unterstützend  
277 wirken, denn nicht jede\*r möchte oder kann selbst in eine Anlage investieren.

## 278 Solarparks säumen unser Autobahnnetz

279 Auch wenn wir auf jedem Dach Strom erzeugen: Wir brauchen auch den Strom und  
280 zunehmend auch die Wärme aus Freiflächensolaranlagen, um auf Kohle, Öl und  
281 Erdgas verzichten zu können. Auch hier nutzen wir die Standortvorteile von NRW  
282 und werden vor allem entlang des dichten Netzes der Autobahnen und Bahntrassen  
283 Flächen freigeben, genauso wie bereits versiegelte Flächen wie Parkplätze,  
284 Halden und Deponien. So vermeiden wir Flächenkonkurrenzen mit Landwirtschaft und  
285 Naturschutz. Das gilt noch mehr für Agri-Photovoltaikanlagen, bei denen die  
286 Stromproduktion mit Landwirtschaft oder Gartenbau auf der gleichen Fläche  
287 kombiniert wird. Die ersten Projekte werden wir wissenschaftlich begleiten, um  
288 Vor- und Nachteile, Potenziale und Hemmnisse ermitteln zu können. Wir wollen mit  
289 einem Solarenergie-Erlass unsere Vorstellungen für Kommunen und Planer\*innen  
290 erläutern und mit klaren Vorgaben sicherstellen, dass die Anlagen Vorteile für  
291 Artenschutz und Biodiversität bringen. Wie bei der Windenergie wollen wir die  
292 Menschen und die Standort-Kommunen im Umfeld der Projekte frühzeitig einbeziehen  
293 und fair beteiligen.

## 294 Wieder Rückenwind für die Windenergie

295 Nach Jahren der Verunsicherung und des Gegenwinds geben wir der wichtigsten  
296 Erneuerbaren Energie wieder Rückenwind. Denn die Windenergie ist zusammen mit  
297 der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die  
298 Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen, zukünftig  
299 auch als Ersatz für alte Anlagen (Repowering), gebaut werden können. Damit das  
300 gelingt, müssen, entsprechend dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene, zwei  
301 Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden. Feste  
302 Mindestabstände zur Wohnbebauung passen damit nicht zusammen. Wir werden sie  
303 daher wieder abschaffen. Außerhalb besonders schutzwürdiger Wälder werden wir  
304 die Windenergie wieder einfacher zulassen. Auch werden wir den Bau von  
305 Windenergieanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten erleichtern und, wo  
306 möglich, Flächen entlang von Autobahnen für Windanlagen nutzen. Außerdem werden  
307 wir Änderungen auf Bundesebene erwirken, damit ausreichend Flächen für neue  
308 Anlagen bereitstehen. Genauso müssen die Abgaben und Umlagen auf Strom und Wärme  
309 geändert werden. Wenn mehr als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es  
310 sich lohnen den Strom zu speichern, statt die Anlagen runterzufahren. Dafür ist  
311 es wichtig, Abgaben und Umlagen auch in Bezug auf Speicher zu überarbeiten.

312 Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch operative  
313 Verbesserungen, einheitliche Bewertungsmaßstäbe und klare Fristen beschleunigen.  
314 Wir werden den Artenschutz auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter  
315 stärken, indem Schwerpunktvorkommen (so genannte Dichtezentren) windenergie-  
316 sensibler Arten freigehalten werden. Im Gegenzug werden Anlagen in anderen  
317 Bereichen einfacher realisiert werden können. Mit einem umfangreichen  
318 Schutzprogramm helfen wir Vögeln und Fledermäusen. Repowering wollen wir  
319 erleichtern, so dass alte Windenergieanlagen dort, wo es keine

320 Artenschutzbedenken gibt, zügig durch leistungsstärkere in der Nähe ersetzt  
321 werden können. Denn diese Standorte sind etabliert und in der Regel breit  
322 akzeptiert.

### 323 Power to the People: Bürger\*innen an der Energiewende 324 beteiligen

325 Die Energiewende wurde viele Jahre lang maßgeblich von Bürger\*innen  
326 vorangetrieben. Mit uns Grünen bekommt die Demokratisierung der  
327 Energieversorgung neuen Schwung. So profitieren möglichst viele Menschen von  
328 günstiger Energie. Bürgerenergie-Projekte, z.B. von gemeinwohlorientierten  
329 Bürgerenergiegenossenschaften, bei Wind- und Solarparks unterstützen wir bei der  
330 Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Wir setzen das  
331 Landesförderprogramm für Mieterstrom neu auf. In der Bundespolitik machen wir  
332 uns für attraktiven Mieterstrom stark. Denn gerade in unserem Bundesland mit  
333 vielen Mehrfamilienhäusern können Mieter\*innen noch viel stärker am Ausbau der  
334 Erneuerbaren profitieren.

### 335 Tempo machen bei Heizungstausch und Gebäudesanierung

336 Es ist das heiße Eisen beim Klimaschutz: In zwanzig Jahren Millionen Gebäude –  
337 vom Einfamilienhaus auf dem Land bis zum Büroturm in der Innenstadt –  
338 klimaneutral und energieeffizient zu heizen. An der Technik scheitert es nicht.  
339 Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme ist es  
340 möglich. Doch das Tempo, in dem jetzt gerade alte Heizungen ausgetauscht und  
341 Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate.  
342 Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir auf Grundlage  
343 eines Konzeptes bis 2030 alle Landesliegenschaften energetisch sanieren und  
344 installieren Solaranlagen auf allen dafür geeigneten Dächern. Wir  
345 setzen auf ambitionierte Standards für öffentliche Neubauten. Nur so ist das  
346 gesetzliche Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen.  
347 Wir stärken das Handwerk, damit der Fachkräftemangel nicht zum Nadelöhr der  
348 Wärmewende wird.

349 Wir helfen den Kommunen bei der Erstellung kommunaler Wärmeplanungen. Dadurch  
350 wird klar, wo Nah- und Fernwärmenetze ausgebaut werden können und wo auch in  
351 Zukunft jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss. Wir vereinfachen die  
352 Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche  
353 Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. Die auf  
354 Bundesebene durch die Ampelkoalition vorgesehenen Erhöhungen der  
355 Energieeffizienzstandards, auch für den Bestand, sind eine wichtige  
356 Voraussetzung. Beim Heizungstausch geben wir auch im Bestand eine Mindestquote  
357 für Erneuerbare Energien vor.

358 Wir stocken die Angebote zur Energieberatung der Verbraucherzentrale auf und  
359 machen sie kostenfrei. Darüber hinaus unterstützen wir die Kreise und  
360 kreisfreien Städte dabei, Sanierungsmanager\*innen einzustellen und  
361 Energiekompetenzzentren aufzubauen. Dort sollen die Bürger\*innen sich zu  
362 Energiewende und Klimaschutz beraten lassen können, Vorträge und Schulungen  
363 stattfinden und Technik unmittelbar erlebbar werden. Denn gerade im  
364 Gebäudebereich gibt es große Energieverluste beim Heizen.



## 365 Fair geht mehr bei der Wärmewende

366 Ein warmes Zuhause geht auch ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen und hohe Heizkostenrechnung.  
367 Die technischen Lösungen dafür sind längst da. Wir wollen, dass es bei der  
368 Wärmewende fair zugeht. Die kontinuierlich steigende CO<sub>2</sub>-Steuer sorgt für  
369 ehrlichere Preise. Von dem im Koalitionsvertrag auf Bundesebene gefundenen  
370 Kompromiss, die EEG-Umlage ab 2023 vollständig abzuschaffen und dem Bekenntnis  
371 besonders Menschen mit geringeren Einkommen darüber hinaus bei den  
372 Energiepreisen zu entlasten, werden viele Menschen profitieren. Wir setzen uns  
373 weiterhin dafür ein, dass alle Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung den Menschen  
374 möglichst direkt und im Sinne des Klimaschutzes zugutekommen. Werden  
375 Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu Lasten der  
376 Mieter\*innen, da die Aufschläge auf die Miete häufig höher sind als die  
377 Einsparungen der Energiekosten. Auf Bundesebene wollen wir deshalb die Kosten  
378 fair zwischen den Vermietenden, den Mietenden und dem Staat aufteilen. Auf  
379 Landesebene wollen wir in den Förderprogrammen des Landes eine Sozialkomponente  
380 mit höheren Förderquoten für Haushalte mit niedrigem Einkommen einführen. Viele  
381 Menschen können sich eine aufwendige energetische Sanierung ihres Hauses mit den  
382 aktuellen Förderungen nicht leisten. Diese müssen auch mithilfe von  
383 Landesmitteln weiter verbessert werden. Zudem müssen die Prozesse bei der  
384 Nutzung der Landesförderprogramme vereinfacht und weiter digitalisiert werden.

## 385 Erdgas nur wohldosiert für den Übergang nutzen

386 Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende werden wir auf das zur  
387 Versorgungssicherheit notwendige Maß minimieren. Die dafür gebauten  
388 Gaskraftwerke müssen so gebaut werden, dass sie auf klimaneutrale Gase  
389 umgestellt werden können. Zudem binden uns neue Kraftwerke und Pipelines wegen  
390 der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran. Daher werden wir dafür sorgen,  
391 dass neue Gaskraftwerke nur dort gebaut werden, wo sie wirklich für den Übergang  
392 gebraucht werden und mit den Klimazielen vereinbar sind. Das wird vor allem als  
393 Ersatz für Kohlekraftwerke in Fernwärmenetzen sein, wo Erneuerbare und  
394 Abwärmequellen auf Basis von kommunalen Wärmeplanungen noch nicht ausreichend  
395 verfügbar sind. Grundvoraussetzung ist, dass sie in Zukunft auch mit Wasserstoff  
396 oder anderen klimaneutralen Gasen betrieben werden können und die Einbindung  
397 erneuerbarer Wärme nicht behindern. Neue Pipelines werden wir nur genehmigen,  
398 wenn sie auch erneuerbare Gase wie grünen Wasserstoff transportieren können.

399 Biogas als klimaneutrale Alternative zu Erdgas werden wir nachhaltiger machen.  
400 Dazu unterstützen wir die Betreiber dabei, auf Gülle und andere Reststoffe  
401 umzustellen. Diese Umstellung soll möglichst bis 2035 abgeschlossen sein. Die  
402 bisher für den Anbau von Energiepflanzen genutzten landwirtschaftliche Flächen  
403 können für die Produktion von gesunden und regionalen Nahrungsmitteln sowie in  
404 partnerschaftlicher Abstimmung mit den Landwirten, für die Aufforstung von Wald,  
405 die Vernässung ehemaliger Moore oder den Anbau biogener Rohstoffe für das  
406 Baugewerbe und die Industrie genutzt werden.

407 Eine weitere Alternative zu Erdgas ist die Geothermie. Wir werden Wärmepumpen  
408 weiter fördern, die Wärme schon aus wenigen Metern Tiefe für die Beheizung von  
409 Gebäuden nutzen. Um aus Erdwärme Strom zu produzieren, muss man in Nordrhein-  
410 Westfalen mehr als tausend Meter tiefbohren. Wir werden die ersten

411 Forschungsprojekte dazu unterstützen und dabei sicherstellen, dass keine  
412 Fracking-Verfahren oder andere wassergefährdende Technologien eingesetzt werden.

### 413 **Atomausstieg vollenden – Urananreicherungsanlage Gronau** 414 **schließen**

415 Auch wenn in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr am Netz  
416 ist: Der Atomausstieg ist hier noch lange nicht vollendet. Unser Ziel ist es,  
417 die Urananreicherungsanlage in Gronau schnellstmöglich zu schließen. Auf  
418 Bundesebene setzen wir uns zudem dafür ein, dass das Exportverbot im Atomgesetz  
419 auch für die Reststoffe aus der Urananreicherung in Gronau gilt.

420 Bei der deutschlandweiten Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven  
421 Abfall bekennen wir uns zum verabredeten Verfahren der Standortsuche. Für die  
422 Zwischenlagerung, wie z.B. in Ahaus, braucht es ein unter Beteiligung aller  
423 Betroffenen erarbeitetes Gesamtkonzept für ganz Deutschland mit einheitlichen  
424 Sicherheitsanforderungen. Wir ergreifen die Initiative für ein Abschalten  
425 grenznaher Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern und schöpfen alle  
426 Einspruchsmöglichkeiten aus. Die Standortentscheidung für das geplante  
427 Logistikzentrum für Atommüll in Würgassen erscheint nicht erst nach der  
428 Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 fragwürdig. Wir werden die Notwendigkeit und  
429 die Standortauswahl kritisch prüfen. Der Schutz der Bevölkerung muss oberste  
430 Priorität haben.

### 431 **Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität** 432 **– Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert**

#### 433 **Garantiert mobil in ganz NRW – mit einem Ticket fürs ganze** 434 **Land**

435 Bisher werden in Nordrhein-Westfalen lediglich 8,5 Prozent der Wege mit Bus und  
436 Bahn zurückgelegt. Dies reicht nicht aus, um das Klimaziel im Sektor Mobilität  
437 zu erreichen. Wir machen umweltfreundliche Mobilität für alle attraktiv,  
438 barrierefrei und bezahlbar. Wir streben eine Mobilitätsgarantie an, mit der alle  
439 Menschen im Land von 5:30 Uhr bis 22:30 Uhr mindestens im Stundentakt mit einer  
440 verlässlichen Verbindung vorankommen – in Großstädten und ihrem direkten  
441 Einzugsbereich mindestens halbstündlich von 4.30 bis 23.30. Auch für Orte ab 200  
442 Einwohner\*innen werden wir ein erweitertes Angebot schaffen, um den Umstieg  
443 attraktiver zu machen. Die Angebote werden vertaktet, auf andere Busse und die  
444 Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall attraktiv wird. Flexible  
445 Bedienkonzepte via App und traditionelle Ruf- oder überörtliche Bürgerbusse sind  
446 gute begleitende Angebote dort, wo ein gut getakteter Busverkehr im Regelbetrieb  
447 kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und führen so schnell wie möglich  
448 schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger\*innenticket für ganz NRW ein,  
449 so ausgestattet, dass es auch für die Menschen auf dem Land fair und für alle  
450 bezahlbar ist. Unsere Ziel ist ein gutes und bezahlbares ÖPNV-Angebot in NRW,  
451 das für alle - auf dem Land und in der Stadt - unabhängig vom Einkommen nutzbar  
452 und attraktiv ist. Den Anfang macht das durch das Land getragene kostenlose  
453 Ticket für Schüler\*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Auch für Menschen, die  
454 einen Freiwilligendienst leisten, bieten wir ein attraktives Mobilitätsangebot,

455 vergleichbar mit dem Studierendenticket. Perspektivisch soll dieses kostenlos  
456 angeboten werden. Menschen mit keinem oder nur geringem Einkommen, z.B.  
457 Sozialleistungsbeziehende, soll der ÖPNV bezahlbar sein. Auch für ältere Menschen  
458 finden wir attraktive Angebote, um für sie die Nutzung des ÖPNVs noch  
459 attraktiver zu machen. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und  
460 bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen,  
461 unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung  
462 des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut  
463 bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für  
464 öffentliche Arbeitgeber\*innen. Die Landesbehörden sollen hier mit gutem Beispiel  
465 vorangehen.

## 466 Wir bauen das Verkehrsnetz für das 21. Jahrhundert

467 Unsere Verkehrswege stammen im Wesentlichen aus vergangenen Jahrhunderten. Sie  
468 dienen zu großen Teilen dem motorisierten Verkehr und überlassen andere  
469 Verkehrsteilnehmer\*innen oftmals sich selbst. Dem Umweltverbund muss endlich  
470 Vorrang gegeben werden. Grüne Verkehrspolitik stellt demgegenüber Klimaschutz  
471 und Lebensqualität endlich in den Mittelpunkt. Wir werden Bahnstrecken  
472 reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhre beseitigen, auch  
473 grenzüberschreitend. Dazu gehört für uns Grüne auch, gemeinsam mit dem Bund das  
474 S-Bahn-Netz an Rhein und Ruhr über den RRX hinaus deutlich zu erweitern.  
475 Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Damit  
476 das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn, Schiene und  
477 Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir dabei, selbst  
478 verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Die drei  
479 Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden  
480 Aufgaben bereit und sind gut darauf vorbereitet. Wir wollen sie bei ihrer  
481 Entwicklung vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsverbund unterstützen. Gemeinsam  
482 mit den Zweckverbänden wollen wir eine landesweite Verkehrsgesellschaft  
483 schaffen, die in der Lage ist, Verkehrsleistungen zu erbringen, um die  
484 Abhängigkeit von Eisenbahnverkehrsunternehmen zu verringern. Und wir werden  
485 prüfen, ob mit einer neuen Landesinfrastrukturgesellschaft neue Infrastruktur  
486 geplant und unterhalten werden kann. Für uns Grüne hat dabei der effektive  
487 Schutz vor Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die  
488 Elektrifizierung heutiger Dieselstrecken bis spätestens 2030 abschließen.  
489 Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen: Der Neubau von  
490 Landstraßen soll zurückgefahren werden und nur noch in Ausnahmen erfolgen -  
491 dafür sorgen wir mit einem neuen Landesstraßen-Bedarfsplan. Auch Fördermittel  
492 für Kommunen sollen nur noch mit Ausnahmen für Straßenneubau verwendet werden.  
493 Wir unterstützen die Einrichtung von Shared-Space-Bereichen und ermöglichen  
494 autofreie Innenstädte. Bei der Überprüfung der Projekte auf Bundesebene werden  
495 wir uns dafür einsetzen, den Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen in  
496 NRW auch von bereits vorgeplanten Projekten stark zu reduzieren (das betrifft  
497 auch Flussquerungen). Geld wollen wir zugunsten der Sanierung maroder Straßen  
498 und des Ausbaus von Schienen-, Rad- und Fußwegen umschichten.

## 499 Mit dem Bus direkt und abgasfrei ans Ziel

500 Um die Verkehrswende in Stadt und Land schnell voranzubringen, werden wir in ein  
501 leistungsstarkes und emissionsfreies Busangebot im ganzen Land investieren. Bis

502 2025 werden wir flächendeckend regionale Schnellbuslinien schaffen und so für  
503 alltagstaugliche, verlässliche Verbindungen zu allen Städten und Gemeinden und –  
504 wo entsprechende Angebote fehlen – auch zwischen den verschiedenen  
505 Ballungsräumen sorgen. Um auch zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu  
506 gewährleisten, werden wollen wir dem Vorbild anderer Länder folgen und wo  
507 möglich Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Kommunen sollen außerdem  
508 bei der Einrichtung von Busspuren und Vorrangschaltungen stärker unterstützt  
509 werden. Die Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive  
510 Förderbedingungen für die Kommunen und Verkehrsbetriebe vorantreiben, bei der  
511 Neuaufstellung oder Fortschreibung örtlicher Nahverkehrspläne wird die  
512 Festschreibung klimafreundlicher Antriebe in Zukunft zur Pflicht.

### 513 Sicher, schnell und barrierefrei mit dem Fahrrad durch NRW 514 und darüberhinaus

515 Seit einigen Jahren erfreut sich das Radfahren stark steigender Beliebtheit.  
516 Bereits rund acht Prozent der Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. Bewegungen  
517 wie die Volksinitiative Aufbruch FahrradNRW fordern, das Fahrrad endlich als  
518 vollwertiges Verkehrsmittel anzuerkennen und den Radverkehr entsprechend zu  
519 fördern. Für uns Grüne ist der Radverkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung  
520 unserer Klimaschutzziele. Mit einem verbesserten Radverkehrsgesetz werden wir  
521 Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs bis 2035  
522 auf mindestens 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu  
523 nutzen, ein landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu  
524 entwickeln und unsere Kommunen finanziell bei der Planung und Umsetzung eigener  
525 Radverkehrskonzepte sowie bei der Sanierung bestehender Strecken zu  
526 unterstützen. Speziell für unsere Städte - wie auch darüber hinaus - achten wir  
527 dabei auf Radwege mit ausreichender Breite, um die Voraussetzung für eine  
528 emissionsfreie Logistik für die erste und letzte Meile zu ermöglichen. Wir bauen  
529 Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und sorgen dafür, dass  
530 Fahrräder nach Möglichkeit auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis  
531 mitgenommen werden können. Die Anschaffung von Lastenrädern für den gewerblichen  
532 und privaten Gebrauch werden wir weiterhin unterstützen. Straßenbau- und -  
533 sanierungsmaßnahmen ohne Zusatznutzen für einen sicheren und besseren Radverkehr  
534 wird es mit den Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben.

### 535 Fußverkehr stärken und mitdenken

536 Fußverkehr ist ein wichtiger Bestandteil unserer Mobilität. Deshalb unterstützen  
537 wir die Kommunen dabei mit der Planung und Umsetzung einer Fußverkehrsstrategie,  
538 Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und mehr Aufenthaltsqualität für  
539 Fußgänger\*innen vor Ort zu schaffen. Dazu gehören eine komfortable, umwege- und  
540 barrierefreie Wegführung auf Straßen, Wegen und Plätzen und die Möglichkeit,  
541 Straßen sicher zu überqueren. Ampelschaltungen müssen dafür auch für  
542 Fußgänger\*innen attraktiv gestaltet sein. Um mobilitätseingeschränkte Menschen  
543 zu unterstützen, sind z.B. abgesenkte Bordsteine und taktile Leitelemente  
544 erforderlich.

545 Autos der Zukunft: Individuell. Elektrisch. Mobil.

546 Stau, Lärm, Abgase, andauernde Parkplatzsuche und steigende Kosten – Autofahren  
547 ist gerade in unseren Großstädten für immer mehr Menschen nicht mehr die erste  
548 Wahl. Andererseits sind gerade Familien im ländlichen Raum, aber auch  
549 Unternehmen und andere Einrichtungen nach wie vor auf den eigenen Wagen  
550 angewiesen. Wir setzen deshalb auf die Chancen des Elektroantriebs - in  
551 Verbindung mit unseren ehrgeizigen Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien.  
552 In den kommenden fünf Jahren schaffen wir flächendeckende Lademöglichkeiten im  
553 privaten und öffentlichen Raum. Dazu werden wir die Parkraumverordnung anpassen  
554 und öffentliche wie private Ladepunkte, wo möglich in Verbindung mit Solar- und  
555 Speichertechnik weiter fördern, und uns dafür einsetzen, dass Lade- und  
556 Bezahlstandards möglichst schnell vereinheitlicht werden. Unternehmen, die ihren  
557 Mitarbeitenden, Kund\*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen  
558 Lademöglichkeiten zur Verfügung stellen, werden wir dafür bei Steuern und  
559 Abgaben entlasten. Wir wollen bei den Stellplatzregelungen noch stärker auf eine  
560 Mobilitätswende setzen, indem wir wo möglich auf Pkw-Stellplätze verzichten und  
561 anspruchsvolle Regelungen für mehr und gute Fahrradstellplätze schaffen. Für uns  
562 Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg  
563 auf den E-Antrieb vorangeht. Bis spätestens 2030 wollen wir öffentliche  
564 Fahrzeugflotten daher auf regenerative Antriebe umstellen.

565 Mehr Mobilität für alle durch intelligent vernetzte Angebote

566 Warum sollen wir uns auf nur ein Fortbewegungsmittel festlegen, wenn wir alle  
567 nutzen können? In Zukunft steht uns alles zur Verfügung, was uns bewegt. Wir  
568 sorgen für echte Wahlfreiheit durch die intelligente Vernetzung aller  
569 Verkehrsmittel. Dazu bauen wir die sogenannten Sharing-Angebote für Autos, Fahr-  
570 und Lastenräder, Seniorenscooter, und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und  
571 Busplätze bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto oder dem  
572 Fahrrad in den Zug oder Bus erleichtern. Busse, Bahnen und Haltestellen werden  
573 endlich flächendeckend barrierefrei. Wir nutzen die Möglichkeiten der  
574 Digitalisierung, um Angebote wie den Bus auf Bestellung oder Mitfahrdienste zu  
575 stärken. Wir schaffen in den nächsten fünf Jahren eine gemeinsame  
576 Buchungsplattform für alle Mobilitätsformen. Um eine echte Vernetzung aller  
577 Angebote zu erreichen, werden wir private Anbieter verpflichten, Schnittstellen  
578 zu Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand bereitzustellen. Private  
579 Haushalte werden wir beim Umstieg unterstützen, indem wir – analog zur  
580 Kaufprämie für E-Autos – eine finanzielle Förderung für den Umstieg auf den  
581 öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad einführen. Dabei berücksichtigen wir  
582 die besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderung.

583 Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

584 Mit zunehmender Geschwindigkeit erhöht sich nicht nur der Energieverbrauch  
585 unserer Autos, auch die Unfallgefahr steigt. Wir Grüne werden darum – mit oder  
586 ohne den Bund – für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen.  
587 Wir setzen uns weiter dafür ein, dass auf Autobahnen und außerorts die  
588 Höchstgeschwindigkeiten herabgesetzt werden. Wir wollen, dass Städte und  
589 Gemeinden das grüne Modell eines Regeltempo von 30 km/h innerhalb geschlossener  
590 Ortschaften umsetzen können. Kommunen können dann selbstständig entscheiden, wo

591 im begründeten Ausnahmefall weiter Tempo 50 gelten soll. Das sorgt nicht nur für  
592 mehr Sicherheit im Autoverkehr. Von grüner Verkehrspolitik profitieren endlich  
593 auch Kinder, Menschen mit Behinderung, Fußgänger\*innen und Radfahrende. Ihre  
594 Sicherheit muss zukünftig oberste Priorität in der Verkehrspolitik unserer  
595 Städte und Gemeinden haben. Dazu verpflichten wir unsere Kommunen zur  
596 Aufstellung von Fuß- und Radverkehrskonzepten und fördern deren Umsetzung.

#### 597 Flugverkehr klimaneutral ausrichten, Anwohner\*innen schützen

598 Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar. Zugleich ist es  
599 heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel.  
600 Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum unbegrenzten Wachstum des  
601 Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität ausrichten. Hinzu  
602 kommen die starken Belastungen für Anwohner\*innen durch Fluglärm, Abgase und den  
603 An- und Abreiseverkehr. Wir Grüne nehmen diese großen Herausforderungen an und  
604 machen den Flugverkehr mit einem nachhaltigen Flugverkehrskonzept zukunftsfest.  
605 Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die Flughäfen  
606 Düsseldorf und Köln-Bonn zu Vorreitern bei der Beimischung von klimaneutralen  
607 Treibstoffen machen. Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir  
608 Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von  
609 Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. Insbesondere am Flughafen Köln-Bonn  
610 setzen wir uns für ein  
611 konsequentes Nachtflugverbot ein. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer  
612 Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. Weder von  
613 Seite des Landes noch der Kommunen soll es zukünftig öffentliche Zuschüsse für  
614 Flughäfen geben. Inlands- und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive  
615 Alternativen mit Bus und Bahn so schnell wie möglich überflüssig.

#### 616 Für einen klima- und umweltfreundlichen Güterverkehr

617 Rund 3,7 Milliarden Tonnen Güter wurden 2020 durch Deutschland bewegt. Davon  
618 wurden 3,2 Milliarden Tonnen auf der Straße transportiert, lediglich 500  
619 Millionen Tonnen per Zug oder Binnenschiff. Wir Grüne wollen, dass sich endlich  
620 mehr auf Wasser und Schiene bewegt. Wir bekennen uns zum Ziel der Europäischen  
621 Union, 75 Prozent des Güterverkehrs, der aktuell auf der Straße stattfindet, auf  
622 die Bahn oder das Schiff zu verlagern. Verbleibenden LKW-Verkehr machen wir bis  
623 2035 emissionsfrei. Unser Bahnausbau-Programm nutzen wir, um wieder mehr  
624 Industrie und Gewerbe ans Bahnnetz anzuschließen und den Ausbau der  
625 Schienenstrecken zu den unterschiedlichen Seehäfen endlich unter hohen  
626 Lärmschutzstandards umzusetzen. Damit sich Multimodalität im Güterverkehr  
627 rechnet, befreien wir kombinierte Verkehre rund 50km um Häfen und Güterbahnhöfe  
628 von der Maut und setzen uns für vereinfachte und konsequente  
629 Genehmigungsverfahren für den Großraum- und Schwerlasttransport auf  
630 Wasserstraßen ein. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden, Kommunen und der  
631 Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur Ertüchtigung  
632 unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Unser Ziel ist eine  
633 zukunftsfähige und klimaneutrale Schifffahrt. Neben Investitionen in Forschung  
634 und Entwicklung klimaneutraler Antriebe, bedarf es auch die Anregung einer  
635 klimatauglichen, angemessenen Besteuerung von Schiffsdiesel auf Bundesebene. Im  
636 Wissen um die zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels investieren wir in

637 Förderprogramme (z.B. für Niedrigwasserschiffe), die den Schiffsgüterverkehr in  
638 NRW fit für die Zukunft machen.

## 639 Oberleitungen, Wasserstoff, und Batterien: Für jeden Laster 640 der passende Antrieb

641 Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr  
642 wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir  
643 alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Batterie-LKW's  
644 gibt es schon auf nordrhein-westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren  
645 die erste Busse und LKW bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden  
646 erfolgreich Oberleitungs-LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den  
647 Weg. In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes  
648 Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. Als Brückentechnologie werden für eine  
649 begrenzte Zeit weiterhin auch Gas-LKW und Biotreibstoffe benötigt. Neben dem  
650 Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir auch den Ausbau der  
651 Infrastruktur für elektrische Antriebe angehen. Unser Ziel ist es, dass  
652 Lastwagen unser Land bis 2035 emissionsfrei durchqueren können.

## 653 **Wir schützen Natur und Umwelt**

### 654 Artensterben stoppen – Volksinitiative Artenvielfalt 655 umsetzen

656 Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten spitzt sich jedes weitere Jahr zu. Die  
657 Hälfte aller Arten ist mittlerweile vom Aussterben bedroht. Wer durch die Natur  
658 streift, spürt es: Mit den Pflanzen und Tieren gehen über Jahrtausende  
659 gewachsene wertvolle Lebensräume unwiederbringlich verloren. Dieser Verlust  
660 gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Darin gleichen sich Klimakrise und  
661 Artensterben und verstärken sich gegenseitig.  
662 115.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben mit ihrer Unterschrift für die  
663 „Volksinitiative Artenvielfalt“ ein deutliches Zeichen für den Artenschutz  
664 gesetzt. Das ist gerade auch ein großer Erfolg für alle Aktiven, die sich oft  
665 ehrenamtlich seit Jahren im Natur- und Umweltschutz einsetzen. Wir setzen ihre  
666 Forderungen um, stoppen den Flächenfraß, renaturieren Gewässer und ihre Auen und  
667 unterstützen eine artenfreundliche Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur  
668 wirtschaftet. Dazu aktualisieren wir die „Biodiversitätsstrategie NRW“ mit den  
669 neuesten Daten und mit ambitionierten Zielen. Mit einem „Landesprogramm  
670 Biologische Vielfalt“ bringen wir die Landespolitik beim Schutz der biologischen  
671 Vielfalt endlich vom Reden ins Handeln. Für eine verlässliche und zielgerichtete  
672 Umsetzung sind die 40 Biologischen Stationen im Land bestens geeignet. Wir  
673 wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit  
674 dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn. Zugleich wollen wir die  
675 Naturschutzverbände als wichtige zivilgesellschaftliche Gruppe stärken und sie  
676 als Handelnde im Naturschutz deutlich besser unterstützen. Für  
677 Wiederansiedlungsprojekte und Erhaltungszuchten wollen wir mit den  
678 wissenschaftlich geführten zoologischen Gärten zusammenarbeiten.

679 Wir verhindern die Versiegelung von immer größeren Flächen zu Lasten der Natur  
680 und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan

681 wieder die Zielsetzung, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar pro  
682 Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen, bis 2035 auf  
683 netto null abzusenken und danach langfristig auf eine Netto-Entsiegelung von  
684 Flächen hinarbeiten. Dafür erarbeiten wir eine wirksame Strategie mit operativen  
685 Zielen und einer Flächenversiegelungsabgabe sowie weiteren konkreten Maßnahmen.  
686 Mit Hilfe eines Brachflächenfonds und einer verbesserten Finanzausstattung des  
687 Flächenrecyclings starten wir eine Entsiegelungsoffensive und machen so  
688 vorhandene Flächen wieder nutzbar, statt neue Grünflächen zu versiegeln. Wir  
689 führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die ökologische Qualität  
690 der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält.

## 691 Lebensräume verbinden heißt Arten schützen – die Senne wird 692 zweiter Nationalpark

693 Biologische Vielfalt braucht ihren Raum. Wo Lebensräume durch Straßen oder  
694 Siedlungen zertrennt werden, ist die Belastung für die Tierwelt groß. Aus diesem  
695 Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen.  
696 Mit der Wiedereinführung des Landschaftsprogramms werden wir eine landesweite  
697 Konzeption für Biotop und Artenschutz mit verbindlichen Vorgaben für die  
698 Regionalpläne schaffen. Von besonderem Wert sind bei diesem Konzept die Bach-  
699 und Flussauen, da hier Naturschutz, Biotopverbund und Hochwasservorsorge optimal  
700 zusammen aufgebaut werden können. Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für  
701 Naturschutzverbände muss endlich umgesetzt werden. Wir schützen wertvolle  
702 Lebensräume durch eine Pestizidminderungsstrategie für alle Flächen, ein Verbot  
703 von Pestiziden und Mineraldünger in Schutzgebieten sowie durch eine bessere  
704 Förderung für eine vielfältige Landschaftsstruktur. Dazu muss die  
705 Biodiversitätsstrategie mit einem konkreten Maßnahmenprogramm „Landesprogramm  
706 Biologische Vielfalt“ umgesetzt werden. Für unsere Schutzgebiete brauchen wir  
707 rechtliche bindende Schutzgebietsverordnungen, in denen festgelegte  
708 Erhaltungsziele hinreichend quantifiziert werden und messbar nachgehalten werden  
709 können. .

710 Durch einen Nationalpark in der Senne und weitere neue, möglichst große und  
711 zusammenhängende Schutzgebiete schaffen wir zusätzlichen Rückzugsraum für  
712 gefährdete Arten. Gerade im Verbund von Senne und Teutoburger Wald kann ein  
713 weiteres großräumig vernetztes Schutzgebiet mit Wald- und Offenlandflächen im  
714 Norden des Landes entstehen. Dafür muss der „Teuto“ vor Rodungen und vor  
715 weiterem Abbagern durch die Zementindustrie geschützt werden.

716 Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO<sub>2</sub>-  
717 Minderung. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein  
718 wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher. Wir wollen daher diese Ökosysteme besser schützen, durch  
719 gezielte Projekte aufwerten und den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich  
720 verbessern.

## 721 Mehr Artenschutz in unserer Nachbarschaft

722 Artenschutz gehört auch in die Stadt. Zum Schutz der Artenvielfalt im  
723 städtischen Raum setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling, statt  
724 intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf Baumpflanzungen, begrünte  
725 Fassaden und Dächer, auf starke kommunale Baumschutzsatzungen, renaturierte



726 Gewässer bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von sogenannten Schottergärten in  
727 der Landesbauordnung. Pestizide haben in Hausgärten, öffentlichen und nicht-  
728 landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren.

729 Entlang unserer Straßen muss es wieder summen. Straßengrün umrahmt mehrere  
730 tausend Kilometer Straße in Nordrhein-Westfalen. Wir machen eine  
731 insektenfreundliche und ökologische Pflege des Straßengrüns überall im Land zur  
732 Regel und schaffen damit parallel zum Straßen- ein Vielfaltsnetz.

733 In unseren Städten wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese  
734 Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren Schlaf, sondern auch  
735 für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit verlieren die  
736 nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir verankern die Vermeidung von  
737 Lichtemissionen – dort wo es für die Sicherheit nicht notwendig ist – im  
738 Landesrecht, etwa durch belastungsärmere Leuchtmittel und klare Regeln für  
739 Neubaugebiete.

740 Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der  
741 Rückkehr des Wolfs. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die Wölfen  
742 Lebensräume in NRW bieten und gleichzeitig Weidetierhaltung ermöglichen.  
743 Wolfsmanagement bedeutet, dass nicht allein die Weidetierhalter\*innen für den  
744 Schutz ihrer Herden zuständig sind. Das Land ist in der Pflicht, die  
745 Wolfspopulation in NRW so zu managen, dass der Hochwasserschutz auf Deichen und  
746 die Artenvielfalt im Grünland, in der Heide und in Mooren durch Beweidung  
747 erhalten bleiben und Schäferereien und andere tierhaltende Betriebe ihre Existenz  
748 sichern können.

#### 749 Klimaschutz und Artenschutz gehen nur zusammen

750 Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt  
751 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an. Intakte Ökosysteme  
752 wiederum dienen als natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und sind widerstandsfähiger gegen  
753 Klimaänderungen. Konflikte zwischen dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur  
754 auf der einen und Natur- und Artenschutz auf der anderen Seite werden wir  
755 auflösen. Durch vorrausschauende, klare und verbindliche Vorgaben auf Bundes-  
756 und Landesebene schaffen wir eine Planungskultur, die Umweltregulierung nicht  
757 als Fesseln wahrnimmt und Bürger\*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-  
758 Bremser“ abwertet, sondern ihre Ideen wertschätzt.

759 Wir bringen Schwung in die Infrastrukturplanung: mit einer Personal- und  
760 Nachwuchsoffensive sowie Verbesserungen und Beschleunigungen operativer Abläufe  
761 in Planungs- und Genehmigungsbehörden und Gerichten. Bürger\*innenbeteiligung ist  
762 dann erfolgreich, wenn sie verbindlich, frühzeitig und auf Augenhöhe  
763 stattfindet. Umwelt- und Klimaverträglichkeitsprüfungen werten wir auf und  
764 stellen sie an den Beginn des Verfahrens. Die Erfahrungen und die Expertise von  
765 Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine Nutzung  
766 vertraglich regeln.

767 Beim Ausbau der Windenergie leiten wir einen Systemwechsel ein. Mit einer Bund-  
768 Länder-übergreifenden Bedarfsplanung sichern wir zwei Prozent der Landesfläche.  
769 Dabei sind Schwerpunktorkommen besonders konfliktträchtiger,  
770 windenergiesensibler Tierarten von vornherein aus Flächen für die Windenergie  
771 auszuschließen. Mit Schutzprogrammen fördern wir die Population der Tierarten in

772 den Schwerpunkt vorkommen und überkompensieren damit mögliche negative  
773 Auswirkungen auf einen Teil der Population an anderer Stelle. Wo es sinnvoll  
774 ist, nutzen wir Repowering zum Rückbau von Anlagen an Standorten mit  
775 Artenschutzkonflikten. Auch technische Lösungen wie Überwachung der Rotoren in  
776 Echtzeit mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder  
777 Fledermäusen können die Tiere besser schützen.

## 778 Umweltverwaltung stärken und Umweltkriminalität konsequent 779 verfolgen

780 Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch  
781 konsequent angewandt werden. Die mehr als 30 EU-Vertragsverletzungsverfahren  
782 gegen die Bundesrepublik und das Land NRW wegen nicht umgesetzter  
783 Umweltgesetzgebung stehen sinnbildlich für die Probleme bei der Umsetzung. Als  
784 unabhängiger Anwalt der Umwelt leistet die Umweltverwaltung einen wichtigen  
785 Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt öffentlicher  
786 Infrastruktur und der Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandortes. Mit  
787 einem Zukunftsplan stärken wir die Umweltverwaltung. Dazu gehört insbesondere  
788 eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz  
789 nicht an unterbesetzten Behörden scheitert. Mit gezielten Kampagnen und  
790 finanziellen Anreizen unterstützen wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne  
791 Telefone“ als unabhängige Umweltbeschwerdestellen werden auf allen Ebenen die  
792 Regel, damit Missstände nicht im Verborgenen bleiben. Die Kommunikation zwischen  
793 den Behörden, ehrenamtlichem Naturschutz und Naturschutzbeauftragten,  
794 Privatpersonen und Unternehmen stärken wir. Durch die Digitalisierung entlang  
795 landesweiter Standards zur Verbesserung, Entbürokratisierung und Beschleunigung  
796 operativer Maßnahmen kann und muss die Arbeit effizienter, transparenter,  
797 bürger\*innennäher und wirtschaftlicher werden. Für die Umsetzung von  
798 Naturschutzmaßnahmen oberhalb von gesetzlichen Mindeststandards stärken wir den  
799 Vertragsnaturschutz, insbesondere auch mit Mitteln des Bundes, deutlich.

800 Umweltverbrechen sind kein Kavaliersdelikt. Die von Schwarz-Gelb abgeschaffte  
801 Stabsstelle Umwelt- und Verbraucherschutzkriminalität setzen wir wieder ein und  
802 entwickeln sie zu einer zentralen Koordinierungsstelle weiter. Zu ihren Aufgaben  
803 gehören Sensibilisierung, Vermittlung von Wissen und die Vernetzung von Akteuren  
804 wie (Umwelt-)Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaften. Wir bündeln die Arbeit  
805 der Strafverfolgungsbehörden in einer neuen „Schwerpunktstaatsanwaltschaft  
806 Umweltkriminalität“ mit landesweiter Ermittlungsbefugnis.

## 807 Wir wahren das Naturerbe in NRW für die nächsten 808 Generationen – Mit einer Stiftung Naturerbe NRW

809 Das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen steht unter Druck durch Privatisierung und  
810 Zersiedelung. Für uns gilt: Das Naturerbe gehört uns allen und darf nicht hinter  
811 hohen privaten Zäunen der Gemeinschaft entzogen werden. In einer rechtlich  
812 selbstständigen „Stiftung für das Naturerbe in NRW“ bündeln wir die Naturflächen  
813 im Besitz des Landes in einer zentralen Stelle und schützen sie damit vor  
814 Privatisierung in Kooperation mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf  
815 Bundesebene. Durch aktiven Zukauf von Flächen und Flächenaustausch bei Projekten  
816 mit landesweiter Bedeutung schaffen wir einen landesweiten, dauerhaft

817 geschützten Biotopverbund, der für Generationen allen Menschen im Land  
818 offenstehen und Natur erlebbar machen wird.

## 819 Natur und Umwelt lernen – Wir bilden Naturschützer\*innen von 820 Morgen

821 Das Wissen über den Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist nicht  
822 selbstverständlich. Wenn mehr Menschen jeden Alters und aus jedem sozialen  
823 Milieu informiert sind, mehr Menschen in ihrer ganz eigenen Art und Weise  
824 Naturschützer\*innen werden, dann können wir die Klima- und Artenkrise gemeinsam  
825 besser meistern. Dabei leitet uns neben der klassischen Umweltbildung das  
826 Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), das wir in allen  
827 Bildungsbereichen fest verankern werden. Das Wissen über die internationalen  
828 Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals) und die  
829 sozial-ökologische Transformation zur Erreichung dieser Ziele werden so in die  
830 Breite der Gesellschaft getragen – von der Kita, über die Lehrerinnenbildung bis  
831 zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen, der von den Bildungsträgern mit  
832 ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt werden kann. In den regionalen  
833 Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einer tragenden  
834 Säule. Wir fördern außerschulische Kooperationspartnerschaften und bauen die  
835 BNE-Regionalzentren zu einem landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr  
836 Projekte, Netzwerkpartner und kommunale Aktivitäten beinhaltet.

837 Ein wirksames Ergebnis ist dann erreicht, wenn sich die Menschen wieder als Teil  
838 der Natur verstehen, von der sie ebenso abhängig sind, wie die Natur von ihnen.

## 839 Unseren Wald für die nächsten Generationen klimastabil und 840 naturnah entwickeln

841 Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO<sub>2</sub>-Senke  
842 und Wasserspeicher und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen  
843 die Klimakrise. Deswegen hat der Schutz der Wälder in NRW für uns höchste  
844 Priorität. Gleichzeitig sind die Wälder selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem  
845 Grund machen wir eine Waldentwicklung hin zu naturnahen, arten- und  
846 strukturreichen Wäldern zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft.  
847 Hier werden sich selbst erhaltende Dauerwälder zum neuen Normal. Das gilt für  
848 Wald in öffentlicher Hand genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit die  
849 Waldentwicklung gelingt, bauen wir das Forstgesetz zu einem Landeswaldgesetz  
850 aus. Außerdem entwickeln wir das Forstliche Bildungszentrum in Arnsberg zu einem  
851 Waldbildungszentrum weiter, um hier verstärkt ökologische und klimatologische  
852 Zusammenhänge zu vermitteln. Daneben stärken wir den Waldnaturschutz und werden  
853 weitere Wildnis-Gebiete wie z.B. den Hambacher Wald und angrenzende Gebiete als  
854 Referenzflächen für naturnahe Waldentwicklung ausweisen, wie es auch in der  
855 Biodiversitätsstrategie NRW verankert ist.

856 Eine naturnahe, klimastabile Waldentwicklung gelingt nur mit den  
857 Waldeigentümer\*innen zusammen. Deshalb wollen wir die Förderprogramme für den  
858 Waldbesitz nach und nach stärken und über die gute forstliche Praxis hinaus  
859 ökologisch ausrichten. Wir werden geeignete Förder- und Beratungsinstrumente,  
860 insbesondere auch für den Vertragsnaturschutz, schaffen, die die Waldentwicklung  
861 hin zu einer naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben.

862 Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Zusammenschlüsse wie  
863 Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um die Potenziale kleiner privater  
864 Waldflächen zu bündeln und die Waldbesitzer\*innen fachlich und wirtschaftlich zu  
865 unterstützen. Die Gründung von Bürger\*innenwaldgenossenschaften werden wir  
866 unterstützen, um Bürger\*innen aktiv in den Schutz des Waldes mit einzubeziehen.  
867 Der wachsenden Waldbrandgefahr begegnen wir, indem wir die Kommunen in der  
868 Brandprävention und der effektiven Brandbekämpfung unterstützen.

## 869 Der Wald der Zukunft ist vielfältig

870 Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine  
871 naturnahe Wiederbewaldung von Kahlfächen und den Erhalt klimastabiler  
872 Dauerwälder. Ein naturverjüngter Wald ist zudem ein wichtiger Lebensraum für  
873 bedrohte Arten. Um die Waldentwicklung hin zu klimastabilen Mischwäldern  
874 gestalten zu können, wollen wir Maßnahmen entwickeln, damit Wildbestände  
875 ausreichend reguliert und an ein waldverträgliches Maß angepasst werden.  
876 Insbesondere Waldbesitzer\*innen kleiner Waldflächen sollen dabei unterstützt  
877 werden, eine tierschutzgerechte und ausreichende Bejagung ihrer Flächen  
878 sicherzustellen.

879 Holz ist ein wertvoller nachwachsender Rohstoff, der CO<sub>2</sub> über Jahrzehnte binden  
880 kann. Deshalb wollen wir in Zukunft Importe aus nicht-nachhaltiger Erzeugung  
881 vermeiden und stärker auf den Baustoff Holz aus regionalen Wäldern setzen.  
882 Öffentliche Gebäude sollen hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir wollen  
883 Holz vorrangig für wertvolle langlebige Produkte in einer Mehrfachnutzung  
884 einsetzen.

## 885 Sauberes Trinkwasser – immer und überall

886 Nitrat, Pestizide, Medikamentenreste und Mikroplastik haben in unseren Gewässern  
887 nichts zu suchen. Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach  
888 wie vor von Nitratinträgen aus der Landwirtschaft aus. Aber auch der Einsatz  
889 von Pestiziden setzt unseren Gewässern zu. Diese Stoffeinträge stellen die  
890 Wasserversorger bei der Aufbereitung unseres Trinkwassers schon heute vor  
891 erhebliche finanzielle Herausforderungen. Wir unterstützen daher Landwirt\*innen  
892 und die Wasserwirtschaft beim Schutz von Wasser und Umwelt und setzen die  
893 bestehenden Regeln zum Gewässerschutz konsequent um. Um unser Wasser sauber zu  
894 halten, fördern wir nachhaltige Formen der Landnutzung und Tierhaltung.  
895 Erdgasförderung oder „Fracking“ gefährden unser Trinkwasser. Daher lehnen wir  
896 diese Technologien auch aus Gründen des Trinkwasserschutzes ab.

897 Wir wenden konsequent das Vermeidungs- und Vorsorgeprinzip und die  
898 Herstellerverantwortung bei Verschmutzungen unseres Wassers an. Zur fairen  
899 Verteilung der steigenden Kosten für die Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung,  
900 setzen wir einen Verursacherfonds auf und reformieren die Abwasserabgabe. So  
901 stärken wir die Produktverantwortung von Herstellern. Die Wiederverwendung von  
902 Abwässern und Speicherung von Regenwasser werden wir regeln und Anreize zum  
903 Wassersparen schaffen. Um unsere Gewässer und Böden als Lebensraum und Quelle  
904 für unser Trinkwasser zu schützen, muss eine Verbesserung der Klärtechnologie  
905 und die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt werden.

906 Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und sollte daher allen Menschen kostenfrei  
907 zur Verfügung gestellt werden. Daher ergreifen wir die Initiative für eine  
908 flächendeckende Trinkwasserversorgung an öffentlichen Plätzen, indem wir die  
909 Kommunen in rechtlichen und organisatorischen Fragen unterstützen. Wir setzen  
910 die europäische Trinkwasserrichtlinie vollständig um.

## 911 Wir schützen den Lebensraum Wasser

### 912 Wir schützen den Lebensraum Wasser

913 Die zurückliegenden Hitzesommer und Flutkatastrophen machen die Auswirkungen der  
914 Klimakrise zunehmend spürbar. Wir entwickeln eine „Zukunftsstrategie Wasser“, um  
915 angemessen auf die Auswirkungen der Klimakrise und deren Folgen reagieren zu  
916 können. Auch Maßnahmen zur Verteilung der Wasserressourcen schreiben wir darin  
917 fest. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie verlangt eine Wiederherstellung des  
918 naturnahen Zustandes unserer Gewässer. Diese Vorgaben werden zum Schaden von  
919 Umwelt und dem Menschen schon viel zu lange ignoriert. Das werden wir ändern.  
920 Denn lebendige, durchgängige und naturnah fließende Gewässer bilden mit ihren  
921 Auen, Mooren, Feuchtwiesen, Äckern und Wäldern wichtige Lebensräume für  
922 verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum Erhalt der  
923 Biodiversität. Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir das  
924 Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und Feuchtwiesen  
925 stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung und im  
926 Landeswassergesetz. Auch Deichrückverlegungen und der Erhalt und die  
927 Nachverpflanzung von Bäumen auf Deichen unterstützen wir.

928 Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein. Deshalb  
929 überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier  
930 Jahren des Rückschritts wieder. Zukünftig muss der Trinkwasserschutz wieder  
931 Vorrang vor Interessen wie der Kalkstein-, Zement- und Kiesindustrie haben. Wir  
932 werden das Verbot des Rohstoffabbaus in allen Trinkwasserschutz- und  
933 Reservegebieten deshalb wieder in Kraft setzen.

934 Die Klimakrise zwingt uns zu einer Wende im Umgang mit Wasser. Eine umfassende  
935 Neubewertung der wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Regelungswerke auf  
936 allen Ebenen ist erforderlich. Aber durch die Klimakrise werden auch Hochwässer  
937 häufiger und heftiger. Wir müssen den Gewässern mehr Raum geben und fördern dies  
938 durch Entwicklung natürlicher Rückhalteräume. Derzeit blockieren viele tausend  
939 Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die  
940 Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang  
941 zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen  
942 Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche  
943 Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des  
944 Fließgewässers beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung  
945 leisten. Verrohrte Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und  
946 renaturiert werden.

### 947 Saubere Luft – überall in NRW

948 Saubere Luft ist überlebenswichtig. Jedes Jahr sterben in Deutschland 70.000  
949 Menschen vorzeitig aufgrund schlechter Luft. Gerade Menschen mit geringen  
950 Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an abgas- und

951 feinstaubbelasteten Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-  
952 lastigen Intensivtierhaltung leben. Insofern ist saubere Luft auch eine Frage  
953 der Gerechtigkeit. Mit der Wende hin zu schadstoffarmem, emissionsfreiem Verkehr  
954 und Kraftwerk, mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen machen wir die  
955 Luft sauberer. In der Landwirtschaft senken wir die Stickstoff- und  
956 Pestizidbelastung durch die Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ihre  
957 Tierbestände wieder an die vorhandene Fläche anpasst und in tiergerechten  
958 Ställen hält.

959 Die Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern gefährdet die  
960 Gesundheit der Menschen. Statt auf die nächste Klage zu warten, setzen wir die  
961 Grenzwerte konsequent um und unterstützen Kommunen und Kreise dabei, bevor es  
962 überhaupt zu Klagen kommt. Wir legen ein Programm zur Verbesserung des  
963 Messnetzes auf, das insbesondere bisher ausgesparte Orte wie Flughäfen,  
964 Flusshäfen und Wohnbebauung einschließt. Dabei unterstützen wir die EU-weite  
965 Anwendung der wissenschaftlich empfohlenen Grenzwerte der  
966 Weltgesundheitsorganisation. Zurzeit nicht erfasste, aber hochgefährliche  
967 Schadstoffe wie Ultrafeinstäube nehmen wir in das Messnetz auf und überwachen  
968 sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken geben.  
969 Umweltgerechtigkeit machen wir zu einem Querschnittsthema.

## 970 **Wir stärken Bäuer\*innen, Tiere und Natur**

### 971 **Gute Nahrungsmittel aus einer gesunden Natur – Sicherheit** 972 **für Landwirt\*innen**

973 Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, die ihren  
974 Bedürfnissen entsprechend gehalten werden, hergestellt von Bäuer\*innen mit  
975 sicherem Einkommen in NRW. Das ist unser grüner Plan für die Landwirtschaft der  
976 Zukunft. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und gesunde  
977 Lebensmittel kaufen – und immer mehr Landwirt\*innen wollen diese produzieren.  
978 Wir geben dieser Bewegung Rückenwind und wollen die Bäuer\*innen beim Umstieg  
979 unterstützen. Die Rechte der Konsument\*innen wollen wir durch einen besseren  
980 Verbraucherschutz stärken und die Ernährungsbildung fördern. Landwirtschaft und  
981 der Schutz von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze,  
982 sondern bedingen einander. Ohne eine intakte Natur, fruchtbare, Böden, sauberes  
983 Wasser und ein stabiles Klima können Landwirt\*innen auf Dauer nicht sicher  
984 arbeiten. Schon heute tragen viele Landwirt\*innen aktiv zum Schutz der  
985 natürlichen Ressourcen bei. Sie werden wir weiter unterstützen und allen, die  
986 den Aufbruch wagen, unter die Arme greifen. Das geht nur im engen und offenen  
987 Austausch zwischen Landwirt\*innen, Verbraucher\*innen und Wissenschaftler\*innen.

988 Unser Leitbild ist eine sich weiterentwickelnde ökologische, strukturreiche und  
989 bäuerliche Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit,  
990 Gentechnikfreiheit und Freiheit von chemisch-synthetischen Pestiziden. Tiere  
991 müssen entsprechend ihrer Bedürfnisse gehalten werden und die industrialisierte  
992 Intensivtierhaltung hat damit keinen Platz in der Zukunft der Landwirtschaft.  
993 Mit der gezielten Förderung naturverträglicher und ressourcenschonender  
994 Landwirtschaft geben wir mehr und mehr landwirtschaftlichen Betrieben die  
995 Planungs- und Investitionssicherheit, die sie brauchen. Unser Ziel ist es, den  
996 Anteil des Ökolandbaus von heute knapp sieben Prozent auf 30 Prozent bis 2030 zu

997 steigern. Gemeinsam mit dem Bund setzen wir die europäischen Vorgaben zur  
998 Verringerung des Stickstoffeintrages durch Düngemittel konsequent um und  
999 schützen so Trinkwasser und Böden. Mittelfristig reduzieren wir den Bestand  
1000 landwirtschaftlich gehaltener Tiere auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß.

1001 Landwirtschaft entwickelt sich weiter. Wir wollen dabei die Agrarforschung hin  
1002 zu einer naturverträglichen Landwirtschaft ausweiten, von vielfältigen  
1003 Fruchtfolgen, über widerstandsfähige Anbausysteme bis hin zu Agroforstansätzen.

1004 Eine Landwirtschaft ohne Pestizide – Für Bienen, Vögel und  
1005 Co.

1006 2100 Tonnen Pestizide wurden im Jahr 2017 landesweit auf den Feldern  
1007 ausgebracht. Mit verheerenden Folgen für die Artenvielfalt auf und neben dem  
1008 Acker und der Gesundheit von uns Menschen. Unser Ziel ist es, die Abhängigkeit  
1009 der modernen Landwirtschaft von chemisch-synthetischen Pestiziden zu überwinden.  
1010 Mit einem verbindlichen Pestizidreduktionsprogramm halbieren wir den Einsatz von  
1011 Pestiziden kurzfristig. Besonders die für die Artenvielfalt kritischen Pestizide  
1012 und Pestizidgemische finden keinen Einsatz mehr. Als Steuerungsinstrument setzen  
1013 wir auf eine NRW-Pestizidatenbank, mit der die Abkehr von Pestiziden für alle  
1014 transparent und planbar wird.

1015 Wir lassen die Landwirt\*innen auf diesem Weg nicht allein. Wo durch die  
1016 Umstellung Mehrkosten anfallen, wollen wir die Landwirt\*innen mit Förder- und  
1017 Ausgleichskonzepten unterstützen und ihnen mit Beratungsangeboten zur Seite  
1018 stehen, wie z.B. auch zum Nützlingseinsatz und der biologischen Düngung.

1019 Die Kosten für Umwelt und Gesundheit durch einen aus dem Ruder gelaufenen  
1020 Pestizideinsatz zahlen gerade wir alle, besonders auch die Menschen auf dem  
1021 Land. Mit einer verursacherorientierten Pestizidabgabe, vorzugsweise auf  
1022 Bundesebene, geben wir den Schäden einen ehrlichen Preis und nutzen die  
1023 Einnahmen gezielt für die Umstellung auf eine pestizidarme Landwirtschaft und  
1024 die Wiederherstellung intakter Natur.

1025 Der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen muss sich für die  
1026 Landwirt\*innen lohnen

1027 Der Großteil der Agrarförderung geht derzeit an die größten Betriebe, nicht an  
1028 diejenigen, die tagtäglich mit großem Aufwand gesunde Lebensmittel im Einklang  
1029 mit der Natur erzeugen. In Nordrhein-Westfalen werden wir alle Möglichkeiten  
1030 nutzen, damit das öffentliche Geld von EU, Bund und Land an die Bäuer\*innen und  
1031 Betriebe geht, die mit ihrem Schutz von Natur und Tieren eine öffentliche  
1032 Leistung erbringen. Der Umstieg in eine insekten- und vogelfreundliche  
1033 Landwirtschaft muss sich lohnen.

1034 Gerade kleine Feldeinheiten und bäuerliche Betriebe sind gut für die  
1035 Artenvielfalt und bilden das Rückgrat des ländlichen Raums. Mit zielgerichteter  
1036 Unterstützung bäuerlicher Betriebe und Abbau unnötiger Bürokratie stoppen wir  
1037 das Sterben kleiner Höfe. Durch den Ausbau sozialökologischer Beratungsangebote  
1038 für Familienbetriebe (z.B. zu Regionalvermarktung, partizipativen Ansätzen wie  
1039 Erzeuger\*innengemeinschaften, solidarischer Landwirtschaft oder Ernährungsräten)  
1040 bieten wir konkrete und niederschwellige Hilfe, damit der Übergang zwischen den

1041 Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme  
1042 zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr tiergerechter Haltung sind für viele  
1043 kleine Höfe durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so  
1044 viele Betriebe auf. Wir stellen Planungs- und Investitionssicherheit mit einem  
1045 landeseigenen Förderprogramm her, das gezielt Bauvorhaben kleinerer und  
1046 mittlerer Betriebe fördert und schließt so eine Lücke in der Agrarförderung. Wo  
1047 Arbeitsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben und dem verarbeitenden  
1048 Gewerbe untragbar sind, greifen wir hart gegen Ausbeutung durch und unterstützen  
1049 bessere Arbeitsschutzvorgaben auf Bundes- und EU-Ebene.

## 1050 Genuss für Artenvielfalt und Natur

1051 Viele Menschen wünschen sich regionale, handwerkliche Produkte aus einer  
1052 bäuerlichen Landwirtschaft. Wir richten in jedem Kreis und jeder Großstadt ein  
1053 Zentrum für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung ein. In enger Zusammenarbeit  
1054 mit den Kommunen und den dortigen Betrieben wird vor Ort entschieden, was  
1055 gebraucht wird, vom Wiederaufbau eines kleinen Schlachthofes bis zu einer  
1056 regionalen Vertriebsstelle.

1057 Zuverlässige Abnahme schafft Sicherheit. Mit dem „300 mal 30 Prozent-Programm“  
1058 fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern,  
1059 Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem  
1060 Ökolandbau zu beziehen und so viel wie möglich regional, direkt von den  
1061 Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Zudem fördern wir den Ausbau von  
1062 (Schul-)Kantinen in NRW, um eine gute Ernährung für alle zu ermöglichen.  
1063 Vollwertige fleischfreie und vegane Angebote sollen zur täglichen  
1064 Selbstverständlichkeit und hochwertiges Bio-Fleisch aus der Region besser  
1065 gefördert werden. So schaffen wir regionale Märkte mit fairen Preisen und  
1066 Planungs- und Investitionssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe. Und nicht  
1067 zuletzt: Orte, an denen viele Menschen gesundes und ökologisch produziertes  
1068 Essen aus ihrer Region genießen können!

1069 12 Millionen Tonnen noch essbarer Lebensmittel werden jedes Jahr in Deutschland  
1070 weggeworfen, ein großer Teil davon auch in NRW. Gemeinsam mit dem Bund weiten  
1071 wir Projekte zur Eindämmung dieser Lebensmittelverschwendung aus, verpflichten  
1072 den Handel und Produzent\*innen genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben und  
1073 entkriminalisieren das Retten von Lebensmitteln, das so genannte „Containern“.

## 1074 Tiere haben ein Recht auf ein qualfreies und artgerechtes 1075 Leben

1076 Mit einer ambitionierten „Landesstrategie Nutztierhaltung“ wollen wir die  
1077 Tierhaltung deutlich verbessern und für tiergerechte Haltungsbedingungen in  
1078 nordrhein-westfälischen Ställen sorgen.

1079 Wir verbessern den Tierschutz auf den Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen und  
1080 fordern mobile und dezentrale Schlachtstrukturen. Insbesondere bei  
1081 tierschutzsensiblen Arbeitsbereichen wie dem Zutrieb, der Betäubung und dem  
1082 eigentlichen Töten, muss die bisherige Akkordarbeit beendet werden. Wir stärken  
1083 die Kontrollen durch unabhängige Kontrolleur\*innen und setzen auf den  
1084 flächendeckenden Einsatz von Videokontrollen in tierschutzrelevanten Bereichen.  
1085 Jedes Jahr werden Millionen von Schweinen vor der Schlachtung mit Kohlendioxid



1086 betäubt, obwohl es Zweifel an Wirksamkeit und Schmerzfreiheit gibt. Wir setzen  
1087 auf tierschutzkonforme Alternativen für die CO<sub>2</sub>-Betäubung und setzen uns für die  
1088 Qualitätssicherung bei Betäubungsgeräten ein. Nicht medizinisch notwendige  
1089 Amputationen und Eingriffe lehnen wir ab.

1090 Lange Lebendtransporte bedeuten für die Tiere ungeheure Strapazen und besonders  
1091 bei Jungtieren nicht selten qualvolles Leiden. Wir beschränken Tiertransporte  
1092 aus und in NRW ausnahmslos auf maximal vier Stunden und genehmigen sie nur unter  
1093 strengen Tierschutz-Auflagen. Diese, kontrollieren wir besser und setzen uns für  
1094 eine Überarbeitung der Tierschutz-Standards für mehr Tierwohl ein. Da bei  
1095 Lebendtiertransporten in Nicht-EU-Länder die Einhaltung der Tierschutz-Standards  
1096 nicht gewährleistet werden kann, werden wir diese Transporte aus NRW beenden und  
1097 uns für ein bundesweites Verbot einsetzen.

#### 1098 Mehr Power für den staatlichen Tierschutz

1099 Um Tierschutz durchzusetzen, ist es unerlässlich, dass der oder die  
1100 Landestierschutzbeauftragte in Zukunft endlich weisungsunabhängig agieren kann.  
1101 Wir machen den Tierschutz in NRW effektiv, indem wir diesen in einem Ministerium  
1102 bündeln. Die seit Jahren anhaltende, unzureichende personelle Ausstattung der  
1103 Veterinärämter hat immer wieder zur Konsequenz, dass massive  
1104 Tierschutzverletzungen nicht geahndet werden. In zu vielen Fällen werden  
1105 Vergehen nicht durch die örtlichen Veterinärämter aufgedeckt, sondern durch  
1106 Tierschützer\*innen, Bürger\*innen oder Journalist\*innen. Nicht selten bringen  
1107 diese sich bei dieser Aufklärungsarbeit selbst in Gefahr. Daher sollten die  
1108 amtlichen Kontrollen gestärkt werden. Wir führen das abgeschaffte  
1109 Verbandsklagerecht für anerkannte Tier- und Artenschutzverbände so schnell wie  
1110 möglich wieder ein und bauen es aus, indem wir eine Feststellungs- und  
1111 Anfechtungsklage mit der Möglichkeit einer aufschiebenden Wirkung für alle  
1112 tierschutz-relevanten Bereiche einführen. Wir ändern die Landesbauordnung um den  
1113 Brandschutz in Ställen zu verbessern und stellen sicher, dass in Neubauten und  
1114 Bestandsgebäuden die gesetzlichen Standards konsequent umgesetzt werden. Dazu  
1115 gehört für uns auch ein schnelles Ende von Anbinde-, Kastenhaltung und  
1116 isolierter Haltung.

#### 1117 Tierversuche reduzieren, Haustiere schützen

1118 Die Zahl der Tierversuche ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau,  
1119 obwohl die Alternativen in den letzten Jahren vielfältiger und aussagekräftiger  
1120 wurden. Wir setzen uns für ein Verbot von Tierversuchen ein, für die es  
1121 anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt. Mit klaren Zielvereinbarungen,  
1122 gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der  
1123 Tierversuche in allen Bereichen deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen  
1124 an. Die Forschung mit tierleidfreien Alternativen wollen wir in NRW  
1125 unterstützen. Auch im privaten und gewerblichen Bereich muss der Tierschutz noch  
1126 verbessert werden. Deshalb wollen wir in der Tierzucht den Ausstieg aus  
1127 Überzüchtung und Qualzucht vorantreiben. Mit einem Gefahrtiergesetz stellen wir  
1128 sicher, dass potenziell für andere Menschen gefährliche Tiere gut und sicher  
1129 gehalten werden. Reptilien- und Exotenbörsen kontrollieren wir stärker und  
1130 setzen uns für ihre Abschaffung ein. Das bestehende Gifttiergesetz ist deutlich  
1131 zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur Eindämmung des illegalen Handels

1132 mit exotischen Wildtieren und deren artgerechter Haltung. Wer Haustiere hält,  
1133 trägt Verantwortung für eine artgerechte Haltung und das Wohl des Tieres. Eine  
1134 verpflichtende Identitätsüberprüfung beim Online-Handel und Kennzeichnungs- und  
1135 Registrierungspflichten sind wichtige bundesweite Maßnahmen, um das Tierwohl  
1136 besser zu schützen.

1137 Tierheime übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, werden aber  
1138 finanziell und strukturell vernachlässigt. Viel zu oft ist ihre Finanzierung von  
1139 Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Sponsoring abhängig. Wir führen landesweit eine  
1140 verbindliche Vergütung von Tierheimen für die Unterbringung von Heimtieren ein,  
1141 damit die Tierheime sicher planen und Tiere bestmöglich schützen können. Seit  
1142 Jahren sind sich Expert\*innen darüber einig, dass Wildtiere unter den  
1143 Bedingungen nicht ortsfester Einrichtungen (Zirkusbetriebe) nicht art- und damit  
1144 tierschutzgerecht gehalten werden können. Trotz mehrerer Initiativen des  
1145 Bundesrates kam es bisher nicht zu einem Verbot der Mitführung von Wild- und  
1146 Großtieren. Noch viel zu oft leiden auch domestizierte Tiere in Zirkus und Co.  
1147 Für domestizierte Tiere in Zirkussen muss sichergestellt sein, dass ihre  
1148 Unterbringung und Versorgung jederzeit tiergerecht gewährleistet ist und den  
1149 Tierschutzleitlinien entspricht. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten  
1150 Zirkusleitlinien unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen  
1151 überarbeitet und in diesen Punkten angepasst werden. Zudem wollen wir zum Wohle  
1152 von Tier und Mensch den Einsatz von Tieren, insbesondere Pferden, für Karnevals-  
1153 und Festumzüge einschränken und setzen bei der Umsetzung auf individuelle  
1154 Regelungen vor Ort.

## 1155 **Wir bewahren unsere Landschaften und unseren** 1156 **Boden**

### 1157 **Mit neuen Konzepten gegen den Flächenfraß**

1158 Unser Boden ist eine endliche Ressource. In keinem anderen Flächenland ist er so  
1159 knapp wie im dicht besiedelten NRW. Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche  
1160 durch Bebauung und den Rohstoffabbau eine der Ursachen für die schlimmsten  
1161 Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und  
1162 Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. Deshalb gilt es, Flächen  
1163 besonders effizient zu nutzen, indem wir kleinere Wohneinheiten planen, stärker  
1164 in die Höhe als Breite bauen und gemeinschaftliche Wohnformen fördern. Wir  
1165 machen endlich Ernst im Kampf gegen den Flächenfraß – mit einem klaren  
1166 Rechtsrahmen und intelligenten Lösungen. Dazu schreiben wir zunächst kurzfristig  
1167 eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag im  
1168 Landesentwicklungsplan (LEP) fest. Bis spätestens 2035 wollen wir dafür sorgen,  
1169 dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt wird. Um diese  
1170 Zielsetzung zu erreichen, werden wir gezielt Instrumente einführen, wie z.B.  
1171 tauschbare Flächenzertifikate oder u.a. vom Flächeneffizienzquotienten  
1172 abhängigen Versiegelungsabgaben. Weiterhin werden wir bei dem verbleibenden  
1173 Flächenverbrauch zukünftig einen wirksameren und ortsnahen ökologischen  
1174 Ausgleich sicherstellen und ein klares Ökopunktesystem einführen.

## 1175 Brachflächen reaktivieren, Altlasten entsorgen

1176 Der jahrzehntelange Strukturwandel hat sichtbare Spuren in Form von  
1177 industriellen und gewerblichen Brachflächen hinterlassen. Hier soll Neues  
1178 entstehen. Doch Entgiftung, Abriss und Verkehrsanschluss sind für private  
1179 Investor\*innen und Kommunen oft unwirtschaftlich oder einfach nicht leistbar.  
1180 Darum verstärken wir das Engagement des Landes bei der Reaktivierung von  
1181 Brachflächen. Dazu verstetigen wir den Grundstücksfonds NRW. . Mit seiner Hilfe  
1182 geben wir Kommunen die Möglichkeit, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und neu zu  
1183 nutzen. Parallel verdoppeln wir die Fördermittel des Landes für die Beseitigung  
1184 von Altlasten in einem ersten Schritt und streben mittelfristig eine weitere  
1185 deutliche Erhöhung an. Wir machen diese Mittel auch für gemeinnützige und  
1186 gemeinwohlorientierte Grundstückseigentümer\*innen zugänglich.

## 1187 Mehr grün, weniger grau: neue Standards in der 1188 Flächenentwicklung

1189 Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht mehr Fläche  
1190 verbraucht, als sie der Natur zurückgibt. Bis es so weit ist, setzen wir neue  
1191 klima- und umweltfreundliche Maßstäbe bei der Flächenentwicklung. Tote  
1192 Schottergärten, Parkplatzwüsten oder Industriebauten mit dem energetischen  
1193 Standard von Wellblechhütten wird es mit uns zukünftig nicht mehr geben.  
1194 Stattdessen setzen wir auf verkehrsberuhigte Plus-Energie-Siedlungen, Null-  
1195 Emissions-Gewerbeparks und kühle, artenreiche Gärten. Mit einer Reform der  
1196 Landesbauordnung können wir eigene Standards setzen und geben unseren Städten  
1197 und Gemeinden die Möglichkeit, über kommunale Satzungen geeignete Vorgaben für  
1198 die Erschließung von Grundstücken, nachhaltiges Bauen, regenerative  
1199 Energiekonzepte, die ökologische Gestaltung von Gärten und Freiflächen, die  
1200 Versickerung von Regenwasser oder die Begrünung von Dächern festzulegen.

## 1201 "Wohnen über dem Supermarkt, parken darunter": Wir nutzen 1202 bebaute Fläche effektiver

1203 Den Flächenfraß aufhalten bedeutet auch, bereits bebaute Flächen effektiver zu  
1204 nutzen. Wir geben unseren Kommunen dafür neue Instrumente an die Hand und  
1205 fördern innovative Bebauungs- und Nutzungskonzepte. Dazu werden wir die  
1206 Landesbauordnung ändern, um unterschiedliche Nutzungen auf einem Grundstück, wie  
1207 z.B. die Wohnung über dem Supermarkt, leichter vereinen zu können. Wir geben  
1208 Kommunen die Möglichkeit, hierzu Vorgaben zu machen. Um zusätzlichen Wohnraum  
1209 auf vorhandenen Flächen zu schaffen, werden wir Dachausbauten und Aufstockungen  
1210 fördern und dazu die soziale Wohnraumförderung und die bestehenden  
1211 Förderprogramme zur Gebäudesanierung erweitern. Wir verschärfen das  
1212 Wohnraumstärkungsgesetz und unterstützen Kommunen bei der Anwendung von  
1213 Zweckentfremdungssatzungen. Großflächig betonierten Parkplätzen vor  
1214 Firmengebäuden oder Supermärkten werden wir einen planungsrechtlichen Riegel  
1215 verschieben und durch die Festschreibung von Tiefgaragen und Parkhäusern Fläche  
1216 schonen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass in urbanen Gebieten ganz auf  
1217 Stellplätze verzichtet werden kann und senken durch bedarfsgerechte Vorgabe von  
1218 Stellplätzen die Baukosten.

1219 Eine Landgesellschaft für den Naturschutz und die Land- und  
1220 Forstwirtschaft

1221 Grund und Boden wird nicht nur für den Siedlungsbau gebraucht. Auch wer Flüsse  
1222 renaturieren, Landwirt\*innen fördern und eine ökologische Forstwirtschaft  
1223 umsetzen will, ist auf die knappe Ressource Boden angewiesen. Was in anderen  
1224 Bundesländern schon lange erprobt ist, wollen wir jetzt in NRW realisieren: Mit  
1225 einer gemeinnützigen „Landgesellschaft“ können wir Boden für ökologische, aber  
1226 auch für agrar- und forststrukturelle Zwecke bevorraten und vergeben. So steuern  
1227 wir die Bewirtschaftung un bebauter Flächen und sorgen für eine  
1228 gemeinwohlorientierte Nutzung. Um eine auf sozialökologische Belange abgewogene  
1229 Grundstücksvergabe zu gewährleisten, schaffen wir eine solide gesetzliche  
1230 Grundlage zur Bestimmung der Gemeinwohlkriterien und installieren ein  
1231 unabhängiges und fachübergreifendes Aufsichtsgremium.